SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Algeriens Energiepolitik: nationale Interessen, Sozialpolitik und die EU

Mattes, Hanspeter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mattes, H. (2007). *Algeriens Energiepolitik: nationale Interessen, Sozialpolitik und die EU.* (GIGA Focus Nahost, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275866

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

Nummer 2
2007
4,- Euro
ISSN 1862-3611

NAHOST

Algeriens Energiepolitik: Nationale Interessen, Sozialpolitik und die EU

Hanspeter Mattes

Mit dem Besuch des russischen Industrie- und Energieministers Khristenko in Algier im Januar 2007 und der konkreten Vereinbarung einer strategischen (Energie-)Kooperation nehmen in der EU Befürchtungen wegen eines algerisch-russischen Erdgaskartells zu, das die EU energiepolitisch in die Zange nimmt. Im Zuge der weltweit im Energiesektor spürbar werdenden Nationalisierungstendenzen hat zudem das algerische Parlament im Oktober 2006 einer Revision des Kohlenwasserstoffgesetzes zugestimmt. Dadurch wurden die erst im März 2005 beschlossenen Liberalisierungsschritte zurückgenommen und die Rechte der nationalen Erdölfirma Sonatrach wieder gestärkt sowie eine zusätzliche *windfall tax* für ausländische Unternehmen eingeführt. Die EU gibt sich irritiert.

Analyse:

Für das Verständnis der algerischen Politik sind folgende Aspekte bedeutsam:

- Die hohe algerische Sensibilität in Bezug auf Souveränitätsfragen führt zu einer streng an nationalen Interessen ausgerichteten Energiepolitik.
- Algerien ist an einer Steigerung vor allem des Erdgasabsatzes in Europa zu maximalen Preisen interessiert. Für die Preispolitik ist Russland der geeignete strategische Partner, um die Liefermengen zu erhöhen, ist hingegen der Ausbau der Pipelines nach Italien und Spanien entscheidend.
- Die nationalen Deviseneinnahmen stehen unter massivem Ausgabendruck (Erhöhung der Gehälter, Beibehaltung der Subventionen für Nahrungsmittel, Medikamente etc.); innenpolitisch ist angesichts der Massenarmut ein Subventionsabbau nicht durchsetzbar.

Key words: *Algerien, Energie, Energiesicherheit, Beziehungen EU-Algerien*

1. Einführung

Die globale energiepolitische Lage ist zurzeit von einem signifikanten Nachfragesog nach Energie (Erdöl, Erdgas) gekennzeichnet, der auch die nächsten Jahrzehnte anhalten wird. Bis 2030 wird die weltweite Nachfrage nach Energie laut Schätzungen um etwa 60 % zunehmen. Von diesem Nachfragewachstum werden die größten Anteile wiederum auf China und Indien entfallen; allein für China wird von der US-amerikanischen Energy Information Administration ein Anstieg der Ölnachfrage von 6,86 Mio. Barrel/Tag (2005) auf 15,05 Mio. Barrel/Tag (2030) veranschlagt. Über die dazu notwendigen Vorräte verfügt indes angesichts zu erwartender Produktionsrückgänge in den Nicht-OPEC-Förderstaaten nur der arabische Raum (mit Schwerpunkt auf den Golfstaaten, aber auch Libyen und Algerien).[1]

2. Die energiepolitische Ausgangslage

Die sicheren Erdölreserven Algeriens wurden von der OPEC 2005 mit 12,3 Mrd. Barrel angegeben, werden aber von der staatlichen Erdölgesellschaft Sonatrach dank neuer Funde 2006 auf mindestens 40 Mrd. Barrel geschätzt – wahrscheinlich ein übertriebener Wert. Beim vermarkteten Erdgas ist die algerische Produktion in der arabischen Welt aber sicher konkurrenzlos (2004: 82 Mrd. m^3, 2005: 89,2 Mrd. m^3) und wird nur noch von der iranischen Förderung (2005: 94,6 Mrd. m^3) übertroffen; die sicheren Erdgasreserven wurden von der OPEC für 2005 mit 4.580 Mrd. m^3 angegeben. Der hohe Produktionsoutput sowohl bei Erdöl als auch bei Erdgas ist die Folge der mit Nachdruck betriebenen Explorationspolitik unabhängig von der Preisentwicklung für Rohöl/Erdgas auf den Weltmärkten. Dabei haben die gestiegenen Weltmarktpreise für Erdöl (Durchschnitt 2003: 28,10 US$/Barrel, 2004: 36,05 US$/Barrel, 2005: 55,86 US$/Barrel) bereits in den letzten Jahren für kontinuierlich ansteigende Deviseneinnahmen aus dem Kohlenwasserstoffexport geführt, zuletzt 16,5 Mrd. (2003), 23,1 Mrd. (2004), 45,1 Mrd. (2005) und 51,8 Mrd. US$ (2006).[2]

Laut OPEC-Angaben entfiel die algerische Kohlenwasserstoffproduktion bislang zu über 90 % auf die staatliche Sonatrach, der Rest in der Hauptsache auf Algérie Total, Hispanoil und Medaloil. Was die Förderpolitik der Sonatrach anbelangt, so wurde diese in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut; allein zwischen 2000 und 2005 wurde die Zahl der Ölbrunnen von 1.235 auf 1.478 ausgeweitet, was zur Steigerung der Ölproduktion – nach langjährigem Durchschnitt von 1,4 Mio. Barrel/Tag – auf inzwischen knapp 1,9 Mio. Barrel/Tag führte. Ziel der Förderpolitik im Erdölbereich ist ein dauerhaftes Produktionsniveau von 2 Mio. Barrel/Tag bis zum Jahr 2010. Dafür wurde 2005 vom Ministerium für Bergbau ein Investitionsprogramm für die Jahre 2005-2010 in Höhe von 33 Mrd. US$ aufgelegt; allein für 2006 waren Investitionen in Höhe von 8,6 Mrd. US$ eingeplant.

3. Nationale Interessen und lokale Begehrlichkeiten

Algerien ist mit rund 33 Millionen Einwohnern gegenwärtig nicht nur der bevölkerungsreichste Staat des Maghreb, sondern auch derjenige mit dem größten BIP (2006: 102,4 Mrd. US$); dies ist hauptsächlich dem die Volkswirtschaft dominierenden Kohlenwasserstoffsektor[3] zu verdanken, der im Maghreb der zweitgrößte nach dem Libyens ist. Sowohl die Kontrolle des Kohlenwasserstoffsektors als auch die Verfügungsgewalt über die damit verbundenen Exportdeviseneinnahmen waren damit strategische Anliegen der Staatsführung. Die Verschärfung der globalen Energienachfrage hat für Algerien zwei direkt miteinander korrelierte Konsequenzen hinsichtlich seiner Energiepolitik: Erstens führte sie zu einer Wiederaufnahme der Diskussion über das in den Vorjahren liberalisierte Kohlenwasserstoffgesetz (KWG), dessen Zugeständnisse an ausländische Beteiligungen nunmehr als zu weitgehend erachtet werden, und zweitens verstärkte sie die Bemühungen zur Preis- und Mengenoptimierung des Energieexportes. Zugleich hält eine Debatte darüber an, wie die Deviseneinnahmen volkswirtschaftlich am sinnvollsten eingesetzt werden sollen, wobei jedoch von vorneherein klar war, dass es politische Entscheidungen geben würde: Der geplanten Erhöhung sozialpo-

[1] Vgl. FAZ, 29.11.2006 (Die Welt verbraucht mehr Öl. Nur der Nahe Osten besitzt genügend Vorräte).

[2] Die Exporte der Nichtkohlenwasserstoffsektoren sind mit 2,02 % (2006) Anteil am Gesamtexport inzwischen fast bedeutungslos; vgl. Middle East Economic Survey, 5.2.2007 (Algeria's oil and gas exports).

[3] Die algerische Öl- und Gaswirtschaft trägt zurzeit mit rund 35 % zum BIP bei; zudem kommen rund 70 % der Staatseinnahmen aus diesem Sektor.

litischer Transferleistungen folgen Überlegungen zur Machtsicherung.

3.1. *Die Revision des KWG zur Stärkung der nationalen Kontrolle*

Gemäß dem seit August 1986 gültigen Kohlenwasserstoffgesetz (Gesetz 14/1986) war die Prospektion und Förderung von Erdöl/Erdgas nahezu ausschließlich der staatlichen Sonatrach vorbehalten (kleinere Ausnahmeregelungen gab es zugunsten Algérie Total, Hispanoil usw.). Im neuen KWG (Gesetz 07/2005), das im März 2005 nach mehrjährigem Hin und Her (vor allem infolge massiven Widerstands der Erdölarbeitergewerkschaft gegen den Ausverkauf nationaler Interessen) im Parlament verabschiedet wurde, wurde mit Blick auf erhoffte US-amerikanische Investitionen (Technologieimport) die Quasimonopolstellung der Sonatrach[4] aufgehoben; sowohl die Prospektion und die Förderung von Erdölreserven bis zu 100 % als auch deren Vertrieb durch ausländische Erdölfirmen waren nunmehr möglich.[5] Der damit einhergehende Souveränitätsverlust, der im Zeitalter explodierender Ölpreise umso mehr empfunden wurde, hat nicht zuletzt auch unter dem Einfluss des venezolanischen Präsidenten Chavez (Besuch in Algier am 16./17.5.2006)[6] und des allgemein zu beobachtenden globalen Trends der Renationalisierung des Energiesektors zu einer neuerlichen Revision des KWG geführt. Die Änderung wurde nach heftigen Diskussionen am 15.10.2006 von der Nationalversammlung beschlossen. Hauptinhalte der Gesetzesrevision waren 1. die Wiederherstellung nationaler Kontrolle im *up-stream*-Bereich im Wege der Vorschrift einer mindestens 51-prozentigen Beteiligung der Sonatrach (sog. *obligatory clause*) und 2. in Art. 101 b des KWG die Einführung einer neuen Zusatzsteuer auf Sonderprofite (sog. *windfall tax*)[7], die der Logik der Einnahmenmaximierung folgte. Damit wurden auch die im KWG vorgesehenen Regelungsinstitutionen, die Agence Nationale pour la Valorisation des Ressources en Hydrocarbures (Alnaft) und die Autorité de Régulation des Hydrocarbures (ARH), in ihrer Funktion aufgewertet.

Die Erdölarbeiterschaft und die betont nationalistischen Parteien, allen voran die Arbeiterpartei Louisa Hanouns, feierten diesen Schritt als „großen Sieg für das algerische Volk". Der ehemalige Finanzminister Harchaoui forderte sogar einen noch viel weiter gehenden „wirtschaftlichen Patriotismus". Kritische algerische Ökonomen sprachen hingegen vom Einknicken der Politik vor populistischen Forderungen.

3.2. *Die Optimierung der Öleinnahmen (*windfall tax*)*

Die *windfall tax* in Höhe von 50 % auf die Unternehmensprofite wird von 1.8.2006 an rückwirkend auf alle noch laufenden Erdölabkommen auf der Grundlage des KWG von 1986 und auf die neu abgeschlossenen Erdölabkommen, die auf dem modifizierten KWG von 2005 basieren, erhoben, sobald der Preis pro Barrel Erdöl über 30 US$ liegt. Dass es bei der Sondersteuer um beträchtliche Summen geht, zeigt allein der Betrag, den die in Algerien tätige Anadarko Petroleum Corporation (Sitz: Houston, USA) aufzubringen hat. Allein im vierten Quartal 2006 musste Anadarko 100 Mio. US$ abführen und für 2007 werden mit insgesamt 225 Mio. US$ gerechnet.[8] Algerien hat durch die neue Steuer bereits 2006 insgesamt 500 Mio. US$ eingenommen. Was die algerischen Wirtschaftsnationalisten freut, führt andererseits bei den internationalen Erdölfirmen zu intensiven Rückzugsgedanken. Anadarko, Shell und BP haben die Option des Rückzugs nicht nur wegen der Sondersteuer im Blick, sondern auch weil die attraktiven Erwerbs- und Investitionsbedingungen des revidierten KWG von 2005 entfallen sind. Die algerische Tageszeitung „Quotidien d'Oran" meint denn auch zu Recht, dass die „Schlacht um das Erdöl in Algerien" noch nicht beendet ist. Die algerische Regierung räumt zwar ein, dass die ge-

[4] Trotzdem ist die Sonatrach – „un leader mondial dans la domaine de l'énergie" (www-sonatrach-dz.com) – mit 120.000 Mitarbeitern immer noch das größte Unternehmen Afrikas. Eine Privatisierung der Sonatrach steht ungeachtet der Liberalisierungsmaßnahmen im *up-stream-* und *down-stream*-Bereich allerdings nicht zur Debatte. Vgl. BBC Global Monitoring, London, 24.1.2005 (Algerian Premier says: oil company will not be privatized).

[5] Vgl. zum Gesetz Middle East Economic Survey, London, 28.3.2005 (Algeria. National Assembly approves hydrocarbons law).

[6] In der algerischen Presse gab es zahlreiche Kommentare, die den Kurswechsel Chavez zuschrieben; vgl. z. B. Liberté, 8.8.2006 (Chavez a-t-il influencé l'Algérie?).

[7] Taxe sur les profits exceptionnels. Gemeint sind die hohen Gewinne durch die Explosion der Erdöl-/Erdgaspreise seit 2004.

[8] Middle East Economic Survey, 12.2.2007.

genwärtige Gesetzeslage die Investionsrate im *upstream*-Bereich verlangsamen wird, sie ist aber zuversichtlich, die Langzeitplanung bis 2010 (2 Mio. Barrel/Tag Erdöl, 85 Mrd. m^3 Erdgas) einhalten zu können.

Die hohen Einnahmen aus dem Kohlenwasserstoffexport haben der algerischen Regierung noch in einem weiteren Punkt Anlass zur Diskussion gegeben und das politische Handeln direkt beeinflusst. Algerien, das Mitte der 1990er Jahre wegen der eingebrochenen Erdölpreise und der hohen Kosten des Antiterrorkampfes gegen die bewaffneten Islamisten dem Staatsbankrott nahe und mit rund 36 Mrd. US$ im Ausland verschuldet war, musste 1994/95 einer als schmählich empfundenen Umschuldung mit dem Pariser Club (21.7.1995) und dem Londoner Club (12.5.1995) zustimmen. Es war diese von außen erzwungene, die nationale Souveränität beschneidende Situation, die unter der verbesserten finanzpolitischen Situation seit 2004 zur vorzeitigen Tilgung der Auslandsschulden führte.

3.3. *Die Strategie der Schuldentilgung*

Hinsichtlich der vorzeitigen Tilgung der Auslandsschulden hat es sowohl 2004 als auch 2005 nach vorausgegangenen Gesprächen mit den internationalen Finanzinstitutionen erste Transfers gegeben; so wurden noch 2004 erste Sondertilgungen in Höhe von 1,2 Mrd. US$ vorgenommen, so dass die algerische Auslandsschuld bis Dezember 2004 auf 21,4 Mrd. US$ fiel. 2005 und 2006 folgten parallel zum Anstieg der Devisenreserven[9] Zug um Zug die Verhandlungen mit den Geberstaaten. Im Frühjahr 2006 wurde mit dem Pariser Club die vorzeitige Rückzahlung der öffentlichen Schulden in Höhe vvon 8 Mrd. US$ vereinbart und bis September 2006 liefen die Verhandlungen zur Rückzahlung der kurzfristigen Handelskredite (rund 4 Mrd. US$) des Club von Rom; der größte Auslandskreditposten in Höhe von 4,74 Mrd. US$ musste mit Russland geregelt werden. Die algerische Seite verband hier geschickt Schuldentilgung mit Rüstungskäufen ganz im Sinne der von beiden Seiten angestrebten „strategischen Partnerschaft". Präsident Putin stimmte am 10.3.2006 anlässlich seines Algerienbesuches der vollständigen Abschreibung der Altschulden (aus unbezahlten sowjetischen Rüstungslieferungen der 1980er Jahre) zu und Algerien verpflichtete sich im Gegenzug zum Kauf neuer russischer Rüstungsgüter im Wert von 7,5 Mrd. US$.

Ende Dezember fiel die Auslandschuld auf unter 4 Mrd. US$, wobei die vorzeitige Rückzahlaktion eine Ersparnis von Zinsen im Betrag von 2 Mrd. US$ brachte.[10] Nach Auffassung der Regierung soll Algerien, das dank der verbesserten Finanzsituation von der französischen Rating-Agentur Coface bereits Anfang 2006 von „B" auf „A4" hochgestuft wurde, in jedem Fall in Zukunft schuldenfrei bleiben.

Die Herbeiführung des quasi schuldenfreien Zustandes hatte allerdings nicht nur Auswirkungen auf die makroökonomische Stabilisierung Algeriens, sondern weckte auch bei der Bevölkerung hohe Erwartungen hinsichtlich der realen Verbesserung ihrer sozialen Lage, d. h., ein hoher konsumptiver Ausgabendruck wurde erzeugt.

3.4. *Konsumptiver Ausgabendruck*

Insgesamt hat der starke Anstieg der Deviseneinnahmen de facto die Voraussetzungen Algeriens signifikant verbessert, seinen Reformstau (auf allen Ebenen) zu bewältigen;[11] allein bis 2009 will Präsident Bouteflika nach Angaben vor Londoner Wirtschaftsführern vom 12.7.2006 Erdöleinnahmen in Höhe von rund 100 Mrd. US$ für die wirtschaftliche Belebung (*relance économique*) zur Verfügung stellen. Die bestehenden staatlichen wie gesellschaftlichen Strukturen und Reformblockaden sorgen allerdings dafür, dass der gegenwärtige finanzielle Überfluss nur suboptimal genutzt wird.

War der Schritt der vorgezogenen Schuldentilgung konsequent und ökonomisch sinnvoll, verführte die Devisenflut in anderen Bereichen zu Maßnahmen, die unter den Gesichtspunkten Wirtschaftsreform und Umstrukturierung der Wirtschaft kontraproduktiv waren oder sind. Hierzu zählte die Aufgabe des bislang notwendigen res-

[9] Die Devisenreserven waren allein bis Dezember 2005 auf 56 Mrd. US$ angestiegen. Trotz Schuldentilgung beliefen sie sich Ende 2006 auf fast 80 Mrd. US$. Das Finanzministerium geht für 2010 trotz steigender Importwerte von Devisenreserven in Höhe von 130 Mrd. US$ aus; vgl. Liberté, 29.5.2006.

[10] So Finanzminister Medelci, in: L'Expression, 4.12.2006.

[11] Der langfristigen und nachhaltigen Entwicklung soll auch der im Jahr 2000 geschaffene Hydrocarbon Stabilization Fund dienen; allerdings sind alle Angaben der algerischen Regierung zu diesem Fonds laut Angaben von Middle East Economic Survey nicht zu kontrollieren.

triktiven Importregimes; die sich ausweitenden Importe in den Bereichen Nahrungsmittel, Medikamente und Konsumgüter ließen allein zwischen 2003 und 2006 den Importwert von 13 Mrd. US$ auf rund 21,2 Mrd. US$ ansteigen; da gleichzeitig die interne Warenproduktion stagniert, warnte Oppositionspolitiker Mohand A. Cherifi davor, dass Algerien immer mehr zu einer „vom Ausland abhängigen Importnation" werde.[12]

Ein Nachlassen der Anstrengungen zur Wirtschaftsreform ist aber auch beim Subventionsabbau für Nahrungsmittel, Energie, Medikamente etc. festzustellen; die z. B. von der Regierung ursprünglich im Haushaltsentwurf für 2005 geplante starke Kürzung der Subventionen auf Kraftstoffe und Butangas fiel nach Widerstand im Parlament nur noch moderat aus (Erhöhung des Preises für Butangasflaschen statt um fünf nur um einen AD).

Die vor allem von der Gewerkschaft UGTA 2006 unter Verweis auf die Deviseneinnahmen bei sich gleichzeitig verschlechternder sozialer Lage[13] erhobene Forderung nach einer Erhöhung der Mindestlöhne und der Gehälter primär für die Angestellten des öffentlichen Dienstes konnte die Regierung nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 2007 trotz der Warnungen des IWF nicht lange zurückweisen; nach entsprechenden Verhandlungen wurden von 1.7.2006 an je nach Gehaltsstufe 10- bis 30-prozentige Gehaltserhöhungen gewährt und zum 1.1.2007 der Mindestlohn von 10.000 auf 12.000 AD angehoben. Zudem wurden für 3,5 Millionen ältere Personen, die in schwierigen Umständen leben, Sonderzuwendungen vorbereitet. Regierungschef Belkhadem verspricht sich von diesen Sozialtransfers eine politische Unterstützung der *Front de Libération Nationale* bei den kommenden Wahlen.

4. Internationale Aspekte

Die algerische Energiepolitik hat über die interne Dimension hinaus auch internationale Aspekte, die sich in der Hauptsache um den Aspekt der Verknüpfung nationaler Ziele mit dem EU-Energiesicherheitskonzept, den Ausbau und die Sicherung des internationalen Energieliefernetzes sowie Fragen der Preisgestaltung für Erdöl/Erdgas drehen.

4.1. Die algerischen Ziele und die EU-Energiesicherheit

Die algerische Staatsführung weiß um die Problematik der EU-Energiesicherheit, d. h. den wachsenden Bedarf an Energie bei zugleich eingeschränkten Alternativen auf der Lieferseite. Diese ist geprägt von einer hohen Abhängigkeit von russischem Erdgas, wie im russisch-weißrussischen und im russisch-ukrainischen Lieferstreit 2006/2007 schmerzlich vor Augen geführt. Angesichts beschränkter norwegischer Erdöl-/Erdgasreserven und politischer Bedenken beim Ausbau der Kernkraft kommt Energielieferungen aus Zentralasien und dem Maghreb strategische Bedeutung zu. Beide Seiten, die europäische wie die algerische, wissen um diese Bedeutung und haben diese längst in politischen und wissenschaftlichen Analysen thematisiert und dokumentiert.[14] So ist im EU-Energie-Grünbuch vom 8.3.2006 erstmals die Notwendigkeit einer gemeinsamen Energieaußenpolitik[15] formuliert und die Rolle Algeriens als einer der wichtigen internationalen Energielieferanten anerkannt worden. Besonders im Bereich (Flüssig-)Gas wird Algerien eine zentrale Rolle zugebilligt und in verschiedenen Dokumenten von einer „strategischen Energiepartnerschaft" gesprochen. Konkret heißt dies aus europäischer Sicht, dass der algerische Anteil am europäischen Erdgasverbrauch von zurzeit 30 % auf 40 % bis zum Jahre 2015 gesteigert werden soll.

Die europäischen Staaten ihrerseits bemühen sich auf individueller Ebene um den Ausbau der Energie- und Wirtschaftsbeziehungen zu Algerien. Aktuelles Beispiel: Bundesaußenminister Steinmeier hat anlässlich seiner Maghrebrundreise im November 2006 in Algerien mit Präsident Bouteflika und Regierungsmitgliedern die Möglichkeiten zur Lieferung algerischen Flüssiggases nach Deutschland[16] erörtert. Steinmeier bekundete

[12] El Watan, 9.9.2005 (L'Algérie sera réduite à un comptoir d'importation).

[13] Vgl. La Nouvelle Tribune, 5.10.2006 (Les ménages croulent sous la hausse des prix).

[14] Vgl. Middle East Economic Survey, 3.7.2006 (North Africa key component for future European demand).

[15] Die gemeinsame Energieaußenpolitik wird auch deshalb von der EU-Kommission angemahnt, um sichtbar werdende Rivalitäten im Hinblick auf das algerische Erdgas zwischen einzelnen EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien) einzudämmen.

[16] E.ON will dazu in Wilhelmshaven eine Abfertigungsanlage für LNG-Tanker bauen; vgl. FAZ, 17.11.2006 (Mehr Flüssiggas

dabei das Interesse Deutschlands am Aufbau einer „zweiten Säule" in der Gasversorgung, um künftig nicht allein auf Russland und andere rohrleitungsgebundene Lieferanten angewiesen zu sein. Im Gegenzug ermutigten die algerischen Gesprächspartner deutsche Beteiligungen am Ausbau und bei der Modernisierung der algerischen Öl- und Gasförderindustrie; Fortschritte in dieser Hinsicht zeichneten sich beim Besuch von Wirtschaftsminister Glos Ende Februar 2007 in Algier ab.

4.2. Transportmaximierung

Das Ziel der algerischen Regierung, die Erdgasexporteinnahmen auf ein Höchstmaß zu steigern, ist an die deutliche Anhebung der mengenmäßigen Erdgaslieferungen nach Europa gekoppelt. Nach Angaben von Präsident Bouteflika vom 2.4.2006 sollen diese Lieferungen in Höhe von 63 Mrd. m^3 (2006) auf 85 Mrd. m^3 (2010) ausgedehnt werden; im Jahr 2015 sollen dann 40 % des in der EU gebrauchten Erdgases aus Algerien stammen.[17] Damit soll sowohl das Ziel einer Diversifizierung der Exportländer festgeschrieben werden als auch dem Wunsch der EU, ihre Energiebezugsquellen zu sichern, entgegengekommen werden. Zur Erhöhung des Erdgasexports nach Europa wird von algerischer Seite allerdings weniger die Variante der Erdgasverflüssigung in Algerien und der Transport über (noch zu bauende) Flüssiggastanker favorisiert, sondern dem Bau neuer Pipelines Priorität eingeräumt. Das bereits bestehende Pipelinenetz nach Europa soll folglich ausgebaut und zugleich der Anschluss an die geplante 4.128 km lange Transsaharapipeline Lagos-Algier hergestellt werden, die bis 2015 fertig sein und bis zu 30 Mrd. m^3 nigerianisches Erdgas für Europa bereitstellen soll.[18]

Algerien ist gegenwärtig über zwei Erdgaspipelines mit Europa verbunden:

- erstens die in Hassi M'Rel beginnende Enrico-Mattei-Pipeline über Tunesien nach Sizilien mit Fortsetzung nach Nordtalien (gebaut 1978-1983, erweitert 1991-1994) mit einer Jahresdurchlasskapazität von 24 Mrd. m^3, die bis 2012 auf 33,5 Mrd. m^3 ausgebaut werden soll,
- zweitens die 1.375 km lange Pedro-Duran-Farrel-Pipeline von Hassi M'Rel über Marokko und die Straße von Gibraltar nach Andalusien mit Anschluss an das dortige lokale Netz. Die im November 1996 eröffnete 2,3 Mrd. US$ teure Pipeline hat eine Jahrestransportleistung von 8,6 Mrd. m^3, die auf 11,7 Mrd. m^3 erweitert werden soll.

Zusätzlich zum Ausbau der bestehenden Pipelines sind zurzeit zwei neue direkte Pipelines von Algerien nach Italien und nach Spanien in Planung bzw. im Bau. Die erste neue Direktpipeline ist die Gasleitung Medgaz (www.medgaz.com) von Beni Saf (bei Oran) in das 200 km entfernte spanische Almeria, deren Planung abgeschlossen ist und deren Baubeginn kurz bevorsteht; von 2009 an sollen durch die Pipeline jährlich 8 Mrd. m^3 Erdgas geleitet werden, die zum Teil laut Vertrag mit der Gaz de France vom 11.12.2006 nach Frankreich weiterfließen.

Die zweite neue Direktverbindung ist die GALSI-Pipeline[19] von Hassi M'Rel über El Kala direkt nach Sardinien und von dort in die Industriezentren Norditaliens; die rund 1.500 km lange Pipeline soll spätestens von 2010 an jährlich 10 Mrd. m^3 Erdgas transportieren. Die algerische Regierung favorisiert aber nicht nur direkte Erdgasleitungen nach Europa unter Umgehung marokkanischen und tunesischen Territoriums, sondern auch den Direktvertrieb. Die damit befasste Sonatrach hat deshalb 2006 in Großbritannien, Italien und Spanien drei Filialen zur Kommerzialisierung algerischen Erdgases gegründet. Die Schaffung einer eigenständigen Vertriebsgesellschaft in Frankreich wurde von Energieminister Khelil im Februar 2007 angekündigt. Damit erhält die Sonatrach zum ersten Mal direkten Zugang zu den Erdgaskunden in europäischen Staaten. Mit der Gründung der Sonatrach-Vertriebsgesellschaften folgt der algerische Staatskonzern dem russischen Energiekonzern Gazprom, der gleichfalls seit 2006 diese Strategie mit dem erklärten Ziel umsetzt, Gas auf eigene Rechnung zum Höchstpreis zu vermarkten.

aus Algerien für Deutschland).

[17] Jeune Afrique, 3.12.2006 (Conciliabules gaziers).

[18] Die EU will sich maßgeblich an den Kosten der Pipeline in Höhe von 5,3 Mrd. € beteiligen; vgl. Middle East Economic Survey, 25.9.2006 (Trans-Sahara Gas Pipeline).

[19] GALSI ist die Abkürzung für Gasduc Algérie–Sardaigne–Italie.

4.3. *Höchstpreise durch Kartellabsprachen*

Die algerische Strategie der Erlösmaximierung zielt, neben der Direktvertriebskomponente, auch darauf ab, einen höchstmöglichen Verkaufspreis des Erdgases zu erreichen In diesem Kontext ist es, analog zur Erdölinteressenvertretung OPEC in Algerien (und bei den anderen Erdgasproduzenten), zur Diskussion darüber gekommen, ob die Gründung einer „Gas-OPEC" diesem Ziel dienlich sei. Die Hauptpartner einer solchen „Gas-OPEC", neben Algerien vor allem Russland, Qatar und Iran – alle global führende Mächte im Bereich Erdgasexport –, wollen sich auf einer Erdgasenergiekonferenz in Doha im April 2007 auf die Koordinierung ihrer Preis- und Vermarktungsstrategien einigen.[20] Angesichts dieser Ambitionen wurde insbesondere in der EU massiv die Befürchtung geäußert, dass vor allem die europäischen Verbraucher Opfer eines solchen Gaskartells seien und die europäischen Gassicherungsinteressen von Algerien und Russland in die Zange genommen würden.

Zu diesen Befürchtungen trugen nicht nur die engen Beziehungen Russlands zu Qatar (Besuch des russischen Präsidenten in Doha am 12.2.2007)[21] und zu Iran bei, sondern auch die seit dem Besuch des algerischen Präsidenten Bouteflika in Moskau im April 2001 betriebene strategische algerisch-russische Partnerschaft. Diese erhielt im energiepolitischen Bereich nach Präsident Putins Algerienbesuch im März 2006 eine maßgebliche Stärkung, konkretisiert im Kooperationsmemorandum zwischen Sonatrach und Gazprom, das anlässlich des Besuches von Energieminister Khelil in Moskau (3.-5.8.2006) vereinbart wurde und die „Harmonisierung der Energiepolitiken auf dem europäischen Markt" zur Folge hatte. Der Besuch des russischen Industrie- und Energieministers Khristenko in Algier (19.-22.1.2007) in Begleitung von Verantwortlichen der russischen Energieriesen Gazprom, Rosneft, Lukoil und Stroytransgaz diente dem weiteren Kooperationsausbau auf allen Ebenen (Prospektion, Extraktion, Transport, Verarbeitung und Kommerzialisierung).

Die EU-Kommission ist von dieser Entwicklung beunruhigt[22] und fürchtet als Folge der russisch-algerischen Marktbeherrschung (z. B. allein in Italien über 80 % des Gasmarktes) nicht nur eine wettbewerbsverzerrte Preisbildung, sondern sieht in Algerien (bzw. der Sonatrach) das „Trojanische Pferd" russischer Interessen in Europa. Diese Sichtweise scheint allerdings übertrieben und wird von algerischer Seite zurückgewiesen: Es könne de facto kein Erdgaskartell geben, weil es keinen Gasweltmarkt, sondern nur drei Gasregionalmärkte (einen asiatischen, einen amerikanischen und einen europäischen) gebe; außerdem trete Algerien für den Dialog zwischen Gasproduzenten und -konsumenten ein und strebe eine gerechte Übereinkunft an.

Selbst wenn es gegenwärtig eine faktische Interessenkongruenz zwischen Algerien und Russland gibt, so endet diese spätestens dann, wenn Algeriens Souveränität gefährdet und/oder die nationalen Interessen nicht mehr autonom verfolgt werden können. Algeriens Ziel, daran lässt Präsident Bouteflika in seinen Reden keinen Zweifel, ist die Suche nach „leadership" im Bereich der Nicht-OECD-Staaten. Hohe Erdöl-/Erdgaseinnahmen sind hierzu wichtig, ja unentbehrlich, aber nicht das einzige Kriterium. Eine vor allem im Bereich Antiterrorismusbekämpfung gute Kooperation mit den USA und der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gehören gleichfalls in das Spektrum nationaler algerischer Interessen.

Dies ändert nichts an der Tatsache, dass aus geostrategischen Gründen und wegen der generell engen Wirtschaftsverflechtung mit Europa die nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten und die EU-Staaten der zentrale außenpolititische Bezugsraum Algeriens sind und die algerische Staatsführung von daher die euro-mediterrane Kooperation unterstützt – dabei allerdings als Partner behandelt werden möchte und nicht als „Erfüllungsgehilfe externer Mächte".

Literatur

Cordesman, Anthony H./Al-Rodhan, Khalid R. (2006): The changing dynamics of energy in the Middle East, Westport, CT: Praeger (2 Bände), besonders S. 319 ff.

OPEC (2006): Annual Statistical Bulletin 2005, www.opec.org.

Arab Maghreb Union (2004), www.eia.doe.gov/emeu/cabs/tunisia.html.

[20] Vgl. Courier International, 31.1.2007 (Vers une «OPEP du gaz»).

[21] Vgl. die Berichterstattung anlässlich des Besuches von Präsident Putin in Qatar, in: Channel One, Moskau, 12.2.2007 (Gas producers to coordinate strategies).

[22] Vgl. beispielhaft Le Figaro, 7.8.2006 (L'alliance entre Gazprom et Sonatrach trouble l'Europe).

Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien. Spezialgebiet: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, wirtschaftliche Transformationsprozesse, *soft-security*-Probleme, Migration.

E-Mail: mattes@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/mattes.

Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Energiepolitische Themen spielen am GIGA eine immer größere Rolle (vgl. Jahresbericht 2006). Von der DFG wurde 2006 das Forschungsprojekt „Risiko Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und Gewalt in Nicht-OECD-Staaten" bewilligt.

GIGA-Publikationen zum Thema

Siehe GIGA Journal Family Special Issue „Energy and Security", www.giga-hamburg.de/index.php?file=journals_special_issue.html&folder=publikationen.

Basedau, Matthias (2006): Politische Krise und Erdöl im Tschad – ein „Modell" am Ende?, GIGA Focus Afrika, Nr. 3.

Basedau, Matthias/Lacher, Wolfram (2006): A Paradox of Plenty? Rent Distribution and Political Stability in Oil States, GIGA Working Paper, No. 21, April.

Mattes, Hanspeter (2006): Libyens ambivalente Nutzung der Erdöleinnahmen, Hamburg, Wuqûf-Kurzanalyse, Dezember.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus

German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien